

Bremer Gesetz verabschiedet: DFL will vor Gericht gehen (kicker.de, Ausschnitt, 2014)

Bremen macht Ernst: Am Mittwoch verabschiedete die Bürgerschaft das umstrittene Gesetz, nach dem die Kosten für Polizeieinsätze bei Risikospielen dem Veranstalter auferlegt werden können. Die DFL reagierte mit Unverständnis und kündigte den Gang durch die Instanzen an. Die Zeche dürfte vor allem Werder Bremen zahlen müssen.

Bislang wurden sämtliche Kosten für die Sicherheit außerhalb der Stadien aus öffentlichen Mitteln getragen. Nach der Verabschiedung des Gesetzes in zweiter Lesung am Mittwoch wird die Stadt Bremen für Polizeieinsätze bei Risikospielen im Weserstadion schon bald die DFL zur Kasse bitten. [...]

DFL-Präsident Reinhard Rauball kündigte für diesen Fall noch am Mittwochabend an, notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen. „Wir bleiben dabei, dass es mit unserem Rechtsverständnis grundsätzlich nicht vereinbar ist. Das Bremer Gesetz löst nicht die Probleme, sondern soll nur die Haushaltslöcher stopfen. Sollte der Ligaverband einen Kostenbescheid aus Bremen erhalten, werden wir in jedem Fall juristische Schritte dagegen einleiten“, sagte der Jurist, der zudem betonte, dass eine etwaige Zahlungsaufforderung direkt an Werder Bremen weitergeleitet werden würde.

Das lässt auch beim finanziell nicht auf Rosen gebetteten Bundesliga-Schlusslicht die Alarmglocken schrillen. „Der SV Werder wird durch den Bremer Weg finanziellen Schaden nehmen“, ist sich Geschäftsführer Klaus Filbry sicher: „[...] Den Verein könnte das drei bis vier Millionen Euro kosten.“ Für Filbry sei es „unverständlich, warum Bremen als einziges Land aus dieser bundesweiten Solidargemeinschaft ausschert“. Der Werder-Boss dachte laut darüber nach, dass der Verein sein soziales Engagement in der Stadt zurückfahren könne.

Dass sich die Bremer Landesregierung noch von ihrem Vorhaben abbringen lässt, ist trotz dieses Säbelrasselns nahezu ausgeschlossen. Auch dass der DFB das schon fest für den 14. November im Weserstadion geplante EM-Qualifikationsspiel der Nationalmannschaft gegen Gibraltar kurzerhand nach Nürnberg verlegt hatte, konnte die Verabschiedung des Gesetzes schließlich nicht verhindern.

Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) blickte dem Gang vor die Gerichte gelassen entgegen: „Wenn man sich seitens der DFL die erste Niederlage eingehandelt hat, wird man vielleicht zur Vernunft kommen und darüber nachdenken, ob man nicht einen anderen Weg gehen kann“, sagte der Politiker, der sich in der Rolle des Vorreiters gefällt und damit rechnet, dass andere Bundesländer dem Bremer Weg folgen werden [...].

Schreibplan

Einleitung:

- Tatort Fußballstadion
- hohe Kosten für Einsätze (Steuerzahler)
- Stadt Bremen verabschiedet Gesetz, dass DFL (Deutsche Fußballliga) für Finanzierung der Sicherheitsvorkehrungen während der Fußballspiele aufkommen soll
- „Bremer Gesetz verabschiedet: DFL will vor Gericht gehen“, Homepage Kicker, 2014

Hauptteil:

- Textanalyse:
 - sachliche Information über Gesetz
 - Reinhard Rauball, DFL-Präsident und Klaus Filbry, Geschäftsführer des SV Werder Bremen gegen das Gesetz
 - Rauball:
Zweifel an Rechtmäßigkeit des Gesetzes, „[...] dass es mit unserem Rechtsverständnis grundsätzlich nicht vereinbar ist.“ (Z. 22 f.)
löst nicht die eigentlichen Probleme
soll nur Kosten umverteilen, „soll nur die Haushaltslöcher stopfen“ (Z. 25 f.), Metapher droht Stadt mit „juristische[n] Schritte[n]“ (Z. 28)
Kosten werden an SV Werder Bremen weitergegeben
→ finanziell schwacher Verein wird geschädigt,
„finanziell nicht auf Rosen gebetteten Bundesliga-Schlusslicht die Alarmglocken schrillen“ (Z. 33 f.)
 - Filbry:
„sicher“ (Z. 38), dass sein Verein „finanziellen Schaden nehmen“ (Z. 35 ff.) wird
Beleg mit Zahlen, „drei bis vier Millionen Euro“ (Z. 39)
zusätzliche Kosten → schwere Belastung für Verein
„unverständlich, warum Bremen als einziges Land aus dieser bundesweiten Solidargemeinschaft aussichert“ (Z. 40 ff.)
Warnung, muss evtl. „soziales Engagement in der Stadt zurückfahren“ (Z. 44 f.)
- Erörterung: Sollten die Bundesländer die Kosten für Polizeieinsätze bei Fußballspielen den Veranstaltern in Rechnung stellen können?
 - häufig Ausschreitungen, Krawalle, Randalen, nicht nur im Stadion
 - Vertreter des Fußballs nicht nur positive Seiten für sich beanspruchen, sondern auch Verantwortung für Probleme übernehmen, z.B. Absicherung der Fußballspiele
 - moderner Fußball = Milliardengeschäft, können nicht nur Gewinne einstreichen und Kosten für Absicherung an Städte übertragen
 - Gewalt wird aber durch Verschiebung der Kosten nicht vermieden → sinnvoller = alle Vertreter an einem Tisch zu versammeln und gemeinsame Lösungen zu suchen
 - Übernahme der Kosten würde viele Vereine vor Probleme stellen → Folgen für Fans und deutschen Fußball
 - möglich wäre auch, dass Vereine aus Kostengründen an Sicherheit sparen → schwere Folgen im Ernstfall

Schluss

- Sport und wahre Fans sollten im Vordergrund bleiben
- Suche aller Beteiligten nach gemeinsamer Lösung
- Vereine, DFL, Städte, Länder müssen alle ihren Beitrag leisten

Checkliste für Ausdruck und Stil

Beispiellösung

Tatort Fußballstadion: Immer wieder kommt es nach Fußballspielen zu Ausschreitungen und Gewalttaten unter den Fangruppen. Dabei geht es weniger um den Sport. Hooligans nutzen den Fußball als Vorwand für organisierte Schlägereien. Besonders die Derbys stehen dabei im Brennpunkt. Um die wahren Fußballfans zu schützen, werden die Spiele durch eine Vielzahl von Polizisten und Ordnern gesichert. Dies lässt nicht nur den Sport in den Hintergrund rücken, sondern ist mit Kosten für den Steuerzahler verbunden. Aus diesem Grund hat die Stadt Bremen ein Gesetz verabschiedet, in dem festgelegt wurde, dass die Deutsche Fußballliga (DFL) für die Finanzierung zusätzlicher Sicherheitsvorkehrungen während der Fußballspiele in Bremen aufkommen soll. Von der DFL gab es daraufhin Kritik.

In dem Bericht „Bremer Gesetz verabschiedet: DFL will vor Gericht gehen“, der auf der Homepage des Kickers 2014 veröffentlicht wurde, werden unterschiedliche Reaktionen auf das Gesetz dargestellt.

Zunächst informiert der Artikel sachlich über die genauen Bestimmungen des Gesetzes. Im Anschluss daran äußern sich Reinhard Rauball, Präsident der DFL, und Klaus Filbry, Geschäftsführer des SV Werder Bremen. Beide sind gegen das Gesetz. Reinhard Rauball argumentiert, „dass [das Bremer Gesetz] mit [seinem] Rechtsverständnis grundsätzlich nicht vereinbar ist“ (Z. 21 ff.). Mit dieser Aussage und besonders mit dem Wort „grundsätzlich“ (Z. 23) stellt er klar, dass er die Regelung ablehnt. Er scheint auch zu keiner Einigung bereit zu sein. Rauball kritisiert besonders, dass es der Stadt Bremen nicht um das eigentliche Problem der Gewalt im Fußball gehe, sondern darum, „die Haushaltslöcher [zu] stopfen“ (Z. 25 f.). Mit dieser Metapher untermauert er seine Unterstellung gegenüber der Stadt Bremen. So macht er dem Leser deutlich, klar gegen das Gesetz zu sein. Darüber hinaus droht er der Stadt mit „juristische[n] Schritte[n]“ (Z. 28). Er stellt klar, dass er nicht nachgeben und im Ernstfall gegen das Gesetz vorgehen wird. Zum Abschluss gibt Reinhard Rauball zu bedenken, dass die entstehenden Kosten durch das neue Gesetz auch auf den Fußballverein SV Werder Bremen zurückfallen werden. Das würde den „finanziell nicht auf Rosen gebetteten“ (Z. 33 f.) Verein in Schwierigkeiten bringen. Die Folgen des Gesetzes wird also nicht die DFL zu spüren bekommen, sondern der Fußballverein Werder Bremen. Insgesamt lässt Rauball keinen Zweifel an seiner Kritik am neuen Bremer Gesetz.

Im Bericht äußert sich auch der Geschäftsführer des betroffenen Fußballvereins. Filbry befürchtet, dass „[d]er SV Werder [...] finanziellen Schaden nehmen [wird]“ (Z. 35 ff.). Er ist sich sogar „sicher“ (Z. 38), dass das Gesetz drastische Auswirkungen auf den Verein haben wird. Seine Sorgen belegt er mit Zahlen, indem er von „drei bis vier Millionen Euro“ (Z. 39) an zusätzlichen Kosten ausgeht. Diese würden den Verein schwer belasten. Des Weiteren ist für Filbry nicht klar, „warum Bremen als einziges Land aus dieser bundesweiten Solidargemeinschaft ausschert“ (Z. 40 ff.). Am Ende warnt er die Stadt Bremen, nicht unüberlegt zu handeln. Er und der Verein müssten sonst darüber nachdenken, das „soziale[] Engagement in der Stadt zurück[zu]fahren“ (Z. 44 f.). Offenbar erhofft sich Filbry, dass es doch noch zu einer Einigung kommen kann.

Der Präsident des DFL und der Geschäftsführer Werder Bremens übersehen bei ihrer Argumentation, dass es bei Fußballspielen längst nicht mehr nur um den mitreißenden und faszinierenden Sport geht. Fußball hat inzwischen auch viele Schattenseiten. Dazu gehören Ausschreitungen, Krawalle und Randalen, die weit über die Stadiongrenzen hinausgehen. Die Vertreter des Fußballs dürfen also nicht nur die positiven Seiten des Sports für sich beanspruchen, sondern müssen auch für die Probleme Verantwortung übernehmen. Dazu gehört die Absicherung ihrer Fußballspiele. Das kann nicht nur Aufgabe der Städte sein. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass der moderne Fußball ein Milliardenbusiness ist. Somit kann die DFL die Kosten nicht einfach an die Städte übertragen und für sich nur den Gewinn einholen. Es muss aber auch gesehen werden, dass Gewalt und Randalen beim Fußball nicht durch eine Verschiebung der Kostenübernahme vermieden werden können. Sinnvoller wäre es, die Vertreter aller Parteien an einem Tisch zu versammeln, um gemeinsam Lösungen zu suchen. Dabei sollte nicht das Geld im Vordergrund stehen, sondern der Wunsch, Fußballspiele sicher und frei von Gewalt zu machen.

Ich stimme ebenfalls dem Bremer Geschäftsführer zu, dass eine Übernahme der Kosten für Polizeieinsätze viele Vereine vor Probleme stellen wird. Das hat auch Folgen für die Fans und den gesamten deutschen Fußball. Stattdessen finde ich, sollte man den Vereinen und der DFL ein Mitspracherecht zusichern, statt ihnen die Kosten der Spielabsicherung allein zu übertragen. Das birgt nämlich die Gefahr, dass die Vereine dann aus Kostengründen an der Sicherheit sparen und im Ernstfall schwere Folgen haben kann.

Am Ende bleibt zu hoffen, dass bei allen Streitigkeiten der Sport und die wahren Fans im Vordergrund bleiben. Alle Beteiligten müssen sich zusammenraufen und nach einer gemeinsamen Lösung suchen. Natürlich können sich die Vereine und die Deutsche Fußballliga nicht ganz ihrer Verantwortung entziehen. Das gilt aber auch für die Städte und Länder. Beide Seiten müssen ihren Beitrag leisten, damit Fans sicher in die Stadien strömen können.

Einleitung

Textanalyse

Hauptteil

Erörterung

Schluss